

## **Beschlussübersicht der Klausurtagung des Erweiterten Landesvorstandes am 17. September 2022 in Schwerin**

<b>Zweigleisiger Ausbau Bahnverbindung Rostock – Stralsund</b>	<b>Seite 2</b>
<hr/>	
<b>Justiz stärken jetzt!</b>	<b>Seite 2</b>
<hr/>	
<b>Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz zur Flüchtlingsintegration zügig umsetzen</b>	<b>Seite 4</b>
<hr/>	
<b>Hafen Rostock mit einem Ammoniak-Terminal ausstatten</b>	<b>Seite 6</b>
<hr/>	
<b>Landesraumentwicklungsprogramm M-V</b>	<b>Seite 6</b>
<hr/>	
<b>Sicherheit statt Abkassieren</b>	<b>Seite 7</b>
<hr/>	
<b>Schonungslose Aufklärung der regierungsverschuldeten Standortschwächen!</b>	<b>Seite 7</b>
<hr/>	
<b>Auskunft der Landesregierung, über welche Daten Rechtsextreme auf ihren Todeslisten von ihren „Zielen“ verfügt haben.</b>	<b>Seite 8</b>
<hr/>	
<b>Ernährungssicherheit stärken – Landwirtschaftliche Potentiale nutzen</b>	<b>Seite 9</b>
<hr/>	
<b>Fortentwicklung der Kameralistik</b>	<b>Seite 10</b>
<hr/>	
<b>Verpflichtende Wirtschaftlichkeitsberechnungen bei der Nutzung von Liegenschaften und bei Beschaffungen</b>	<b>Seite 10</b>
<hr/>	
<b>Einführung eines IT-Sicherheitsgesetzes MV (IT-SiG M-V)</b>	<b>Seite 11</b>
<hr/>	
<b>Ukrainetag in Mecklenburg-Vorpommern ausrichten</b>	<b>Seite 11</b>

## Zweigleisiger Ausbau Bahnverbindung Rostock - Stralsund

Der Landesverband der FDP M-V beschließt, sich in Bund und Land für den zweigleisigen Ausbau der Bahnverbindung Rostock – Stralsund unter Einbeziehung einer aktuellen Gesamtwirtschaftlichkeitsbetrachtung einzusetzen.

---

### Justiz stärken jetzt!

Die FDP Mecklenburg-Vorpommern fordert ein umgehendes Handeln der Landesregierung um die Arbeitsfähigkeit und Qualität der Justiz in Mecklenburg-Vorpommern zu gewährleisten.

**1. Wir Freien Demokraten fordern die Landesregierung dazu auf unverzüglich die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Zahl der Studierenden der Rechtswissenschaften im Land steigt. Hierfür ist der Studiengang Rechtswissenschaften mit Abschluss 1. juristisches Staatsexamen an der Universität Rostock unverzüglich wiedereinzurichten.**

Zum 01.01.2013 waren in Mecklenburg-Vorpommern noch 1.591 Rechtsanwälte tätig. Zu Beginn des Jahres 2023 rechnet die Rechtsanwaltskammer Mecklenburg-Vorpommern mit einem Mitgliederbestand von noch 1.300 Mitgliedern. Innerhalb von zehn Jahren hat sich die Zahl der Rechtsanwälte um rund 300 verringert. Dies bedeutet einen Verlust von 20 %! 30 % der Anwaltschaft sind 60 Jahre oder älter. Für die Folgejahre rechnet die Rechtsanwaltskammer mit einem weiteren Rückgang von jährlich ca. 5 %.

Die schwindende Zahl der Anwälte führt zunehmend dazu, dass Bürger und Unternehmen keinen qualifizierten Rechtsbeistand finden. Dies ist insbesondere in ländlichen Gebieten, auch im Zusammenhang mit der Schließung diverser Amtsgerichtsstandorte, ein großes Problem. Das Problem wirkt sich nicht nur auf Privatpersonen, sondern auch auf Unternehmen aus und wird zu einem Standortproblem für das Land Mecklenburg-Vorpommern.

Die Ausbildung von Juristen dauert Jahre. An das zehensemestrige Studium schließt sich ein zweijähriges Referendariat an.

Einschließlich der Prüfungszeiträume dauert es vom Studienbeginn bis zum Berufseinstieg in der Regel mindestens acht Jahre. Auch ein unverzügliches Gegensteuern wird erhebliche Probleme in der nahen Zukunft nicht verhindern können. Wir Freien Demokraten hatten deshalb bereits 2018 gefordert die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Zahl lokaler Bewerber für den Justizdienst steigt und insbesondere der Studiengang Rechtswissenschaften mit Abschluss 1. Jur. Staatsexamen in Rostock wiedereröffnet wird. Die Landesregierung ist diesem Aufruf, dem sich zwischenzeitlich sämtliche demokratischen Parteien bis auf die SPD angeschlossen haben, nicht gefolgt. Warum die SPD diesen von sämtlichen anderen demokratischen Parteien und auch den Fachverbänden als alternativlos geforderten Schritt nicht gehen will erschließt sich nicht.

Im Hinblick auf den anhaltenden Verlust an Juristen, nicht nur in der Rechtsanwaltschaft, sondern auch im Justizdienst und der Verwaltung ist ein unverzügliches Handeln unabdingbar!

## **2. Wir Freien Demokraten fordern die Landesregierung auf die Arbeitsbedingungen von Richtern, Justizbediensteten und Anwälten durch eine bessere Ausstattung der Gerichte für ein digitales Arbeiten zu verbessern und den digitalen Rechtsverkehr zu stärken.**

In einem Arbeitsumfeld in dem absehbar weniger Berufsträger tätig sind kann durch Digitalisierung die Effizienz gesteigert werden. Dies beginnt bei der konsequenten digitalen Versendung jeglicher Schreiben, setzt sich fort in der Möglichkeit der Bürger mit den Gerichten, aber auch sonstigen Behörden, umfassend digital zu kommunizieren und endet nicht mit der Möglichkeit der konsequenten Nutzung von Videotechnik zur Durchführung von Verhandlungsterminen.

Es ist nicht haltbar, dass derzeit pro Landgericht nur ein Raum für digitale Verhandlungen zur Verfügung steht und dass dieser bei jedem Gericht in M-V bereits jetzt für mehrere Monate ausgebucht ist. Die SPD-geführte Landesregierung hat hier erneut am falschen Ende gespart. Mit geringem finanziellem Aufwand hätten weitere Räume mit Technik für digitale Verhandlungen ausgestattet werden können. Dieses Versäumnis gilt es jetzt dringend nachzuholen. Die Bedarfe sind in Abstimmung mit den Nutzern, also Justizbediensteten, Richter- und Anwaltschaft, zu ermitteln.

## **3. Wir Freien Demokraten fordern eine technische Ausstattung der Justiz für digitale Prozessabläufe in den Gerichten und der Justizverwaltung**

An den Gerichten im Land werden Prozesse oft noch mit Papierakten geführt. Die Einführung einer digitalen Prozessakte ist derzeit noch ein Projekt, das an den Gerichten erprobt wird. Mit einer digitalen Akte ist die Digitalisierung der Justiz indes nicht abgeschlossen. Sämtliche analogen Prozesse der Justiz und der Justizverwaltung müssen einer Überprüfung daraufhin unterzogen werden, inwieweit sie sich durch technische Hilfsmittel des 21. Jahrhunderts ergänzen oder verbessern lassen. Dass innerhalb eines Gerichts noch Papier gedruckt und ausgetauscht wird, ist ein Missstand. Zukünftig sollen innerhalb eines Gerichts, innerhalb eines Spruchkörpers und innerhalb der Justizverwaltung nur noch digitale Dokumente über die gerichtsverwaltungsinternen, sicheren, Netze ausgetauscht werden. Dies ermöglicht dann auch eine konsequente digitale Kommunikation mit der Rechtsanwaltschaft, Behörden und sonstigen Dritten (elektronisches Bürger- und Organisationenpostfach).

Lediglich digitale Verhandlungen zu ermöglichen ist nicht ausreichend. Weitere Möglichkeiten der Nutzung von Legal-Tech-Anwendungen sind zeitnah zu prüfen und umzusetzen.

Die Arbeit der Gerichte soll durch den unterstützenden Einsatz künstlicher Intelligenz erleichtert werden. Diese kann dabei helfen, Parteivortrag für das Gericht zu ordnen, aufzuarbeiten, zu strukturieren und die Recherchearbeit des Gerichts zu erleichtern. Künstliche Intelligenz soll auch verstärkt eingesetzt werden, um Schriftsätze zu Akten oder Vorgängen zuzuordnen, Sachverhalte zu filtern oder rechtliche Argumente zu Parteivortrag zuzuordnen.

## **4. Wir Freien Demokraten wollen den Digitalpakt für die Justiz fortführen**

Ausstattung und Organisation der Justiz ist Ländersache. Das ist auch gut so. Dass jedes Land selbst zuständig ist, heißt aber nicht, dass die Länder sich nicht abstimmen können oder sollten. Wir wollen verhindern, dass es zu einem „E-Justice-Flickenteppich“ kommt.

Deswegen wollen wir Freien Demokraten uns dafür einsetzen, dass sich das Land Mecklenburg-Vorpommern mit dem Bund und den anderen Bundesländern auf gemeinsame

Softwarestandards einigt und die Modernisierung vorantreibt. Ein gemeinsames Justizregister ist ebenso wie ein Datenbankgrundbuch einzuführen und die IT-Sicherheit insgesamt zu verbessern. Daneben sollen auch geeignete Kommunikationsschnittstellen zwischen Bund und Ländern im Bereich Justiz geschaffen werden.

## **5. Wir Freien Demokraten wollen die Juristenausbildung von der pre-Alpha-Version auf die Version 2.0 aktualisieren**

Zu einem effektiven Digitalisierungskonzept gehört nicht zuletzt eine koordinierte Fortbildung und Qualifizierung in der Medienkompetenz des Personals an den Gerichten und Staatsanwaltschaften. Es ist dringlich, in die Juristenausbildung stärker den Aufbau digitaler Kompetenzen mit aktuellem Basiswissen der Zusammenhänge von Technik, Recht und Organisation zu integrieren („E-Justice-Kompetenz“) und die entsprechenden Ausbildungsinhalte als Pflichtveranstaltung im Studium aufzunehmen, um auch durch die Prüfungsrelevanz dieser Themen Anreize zu setzen.

Für uns Freie Demokraten ist es nicht damit getan, das Rechtsreferendariat durch eine Verbeamtung attraktiver machen zu wollen. Wenn nur das Referendarentgelt hoch ist, die Ausbildung aber schlecht, werden langfristig nicht genug Referendare ihre zweite Staatsprüfung in Mecklenburg-Vorpommern ablegen und danach in der Justiz im Land tätig werden. Zielstellung muss sein, dass die Ausbildungsangebote im Referendariat verbessert werden. Hierzu gehört, dass auch im Referendariat digitale Ausbildungsinhalte ihren Platz finden (sei es „Legal Tech“ oder digitale Prozessabläufe in der Justiz), dass die Ausbildung zentriert und mithilfe digitaler Technik stattfindet und dass die Klausuren des zweiten juristischen Staatsexamens mithilfe von Computern geschrieben werden können, anstatt handschriftlich verfasst werden müssen. Gerade die Prüfung (acht Klausuren in 5 Stunden) handschriftlich abfassen zu müssen, ist nicht mehr zeitgemäß – das 21. Jahrhundert wird langfristig ohne Papier auskommen. Deshalb gibt es keinen Grund, in den juristischen Staatsprüfungen noch mit Papier zu arbeiten.

## **6. Digitale Justiz auf allen staatlichen Ebenen**

Wir Freien Demokraten Mecklenburg-Vorpommern unterstützen alle Bestrebungen auf Bundesebene, die darauf gerichtet sind, einerseits sämtliche Gerichtsentscheidungen in einer anonymisierten, digitalen Datenbank zu erfassen und andererseits mithilfe von einem digitalen „Vollmachts- und Titelregister“ zu ermöglichen, dass auch die Zwangsvollstreckung zukünftig ohne Papier auskommt. Urteile und Vollstreckungsurkunden auf Papier gehören in das 20. Jahrhundert. Wir wollen digitale Vollstreckungstitel des 21. Jahrhunderts.

---

### **Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz zur Flüchtlingsintegration zügig umsetzen**

Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder haben zusammen mit Bundeskanzler Scholz auf der gemeinsamen Konferenz am 07.05.2022 beschlossen, dass die Verteilung und Integration der ukrainischen Geflüchteten schnell, unkompliziert und fair zwischen allen Bundesländern aufgeteilt vonstattengehen soll.

Für uns Freie Demokraten ist es selbstverständlich, dass wir uns für humanitäre Hilfe einsetzen. Dafür ist es dringend erforderlich, sofort die ersten Schritte einzuleiten, die Beschlüsse der Konferenz umzusetzen.

**Wir fordern die Landesregierung auf, in Zusammenarbeit mit den Landkreisen und kreisfreien Städten nach einem einheitlichen Kriterienkatalog zu prüfen, ob noch leerstehende Gebäude in MV als temporäre oder dauerhafte Unterkunft geeignet wären. In Städten und Gemeinden, in denen kein Leerstand vorhanden ist oder die für eine zusätzliche Unterbringung geeignet sind, soll die Landesregierung sich kurzfristig über moderne Baustoffe und Prozesse informieren, die für eine schnelle und hochwertige Errichtung von Neubauten geeignet sind und sie über das Landesinstitut für Bautechnik einem beschleunigten Zulassungsverfahren im Einzelfall zu unterziehen. Dabei sollen die entstehenden Gebäude für eine multifunktionale Nutzung geplant und beantragt werden, um später vielfältige Nutzungen vor Ort möglich zu machen.**

**Wir fordern die Landesregierung auf, dort wo es möglich ist, Geflüchtete dezentral unterzubringen. Wo dies nicht möglich ist, müssen Maßnahmen ergriffen werden, um Geflüchteten eine gleich berechnigte Teilnahme am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen.**

Mecklenburg-Vorpommern nimmt mit seinen Universitäten, Hochschulen und Forschungsorganisationen wie Helmholtz, Leibniz oder dem Max-Planck-Institut als Forschungs- und Wissensstandort eine herausragende Rolle ein. Gleichzeitig kann es nie genügend Forschung geben und frische Geister bringen neue Erkenntnisse.

**Wir fordern die Landesregierung auf, eine Abfrage in den landeseigenen Universitäten, Hochschulen und Forschungseinrichtungen zu starten, welche Dozenten und Forschenden gebraucht werden und welche Forschenden zusätzlich integriert werden können.**

Mit den Geflüchteten kommen viele motivierte und kompetente Menschen für alle Arbeitsmarktbereiche nach Mecklenburg-Vorpommern. Das ist eine Chance für unser Bundesland, die wir nicht verpassen dürfen und wollen. Wer schnell Arbeit und Kollegen findet, kann auch schnell neue soziale Kontakte und Freunde finden. Erste richtige Schritte wurden dabei bereits mit dem Arbeitsmarktportal für ukrainische Geflüchtete in ukrainischer Sprache unternommen. Diese gute Idee muss die Landesregierung dringend weiter ausbauen und aus landeseigenen Mitteln stärker überall bewerben. Gleichzeitig wollen wir den Innovationsreichtum und die Unabhängigkeit stärken und prüfen lassen, wie Gründungen durch Geflüchtete bereits möglich sind oder wie sie möglich werden.

**Wir fordern die Landesregierung auf, das bereits existierende Stellenportal für Geflüchtete in MV nach datenschutzrechtlichen Grundlagen weiter zu einer umfassenden Arbeitsmarktplattform für Arbeitnehmer und Arbeitgeber ausbauen. Es muss stärker in ganz MV beworben werden. Die Landesregierung soll prüfen, welche Möglichkeiten Geflüchtete haben, in Deutschland ihr eigenes Unternehmen zu gründen, und welche Unterstützung seitens des Landes und der Kammern hier nötig wäre und bereits möglich ist.**

-----

## Hafen Rostock mit einem Ammoniak-Terminal ausstatten

Die Rede des Bundeskanzlers Olaf Scholz am 27. Februar 2022 stellt eine Zeitenwende der deutschen Energie-, Sicherheits-, und Außenpolitik dar. Das Signal des Aufbruchs hat nicht nur Auswirkungen im politischen Berlin, sondern auch in den Ländern. Besonders für das Land Mecklenburg-Vorpommern können und sollten sich Synergieeffekte im energiepolitischen Bereich ergeben. Nach dem russischen Angriffskrieg in der Ukraine ist klar, dass wir von fossilen russischen Energieimporten unabhängiger werden müssen. Die Bedeutung für nachhaltige bzw. erneuerbare Energien werden nochmals zunehmen. Die politische Willensbekundung kann und muss jedoch sowohl mit einer infrastrukturellen Basis sowie einem konkreten Konzept für Nachhaltigkeit zusammentreffen. Ein Ansatz hierfür ist die Initiative des Überseehafens in Rostock, der sich weiter als bisher schon zu einem Energiehafen weiterentwickeln will – eine große Chance für Mecklenburg-Vorpommern. Unter anderem soll dort mithilfe eines Ammoniak-Terminals grüner Ammoniak importiert, aber auch vor Ort produziert werden. Dieser soll unter anderem für die Düngemittelherstellung genutzt werden.

Für die Düngemittelproduktion muss bis 2025 im Hafengelände eine Elektrolyse- und Ammoniaksynthese-Anlage entstehen. Die notwendige Energieversorgung soll mit Strom von Offshore-Windparks sichergestellt werden. Ein weiterer Nebeneffekt ist, dass die entstehende Abwärme ins Fernwärmenetz der Stadt Rostock eingespeist werden könnte. Bis 2030 könnte die Leistung nach und nach auf ein Gigawatt verzehnfacht werden. Auch synthetische Kraftstoffe sollen perspektivisch dort entstehen.

**Wir fordern die Landesregierung daher auf, die geplante Fördergenehmigung für das 3. Quartal 2022 schnellstmöglich vorzuziehen, um den Prozess zu beschleunigen und gleichzeitig ein Signal zu setzen, dass der Rostocker Hafen nicht nur perspektivisch zu einem Drehkreuz für grüne Energieträger werden kann. Gleichzeitig soll sich die Landesregierung beim Bund für Mittel einsetzen, die für das Terminal und die weitere Forschung genutzt werden sollen. Beim Wettbewerb um die Ansiedlung von großen LNG-Importterminals dürfen die Vorhaben, die nach der Brücke LNG für die Zukunft wichtig sind, jetzt nicht verzögert werden.**

**Wir fordern die Landesregierung auf, infrastrukturelle und rechtliche Rahmenbedingungen für den Import von modernen Energieträgern wie Wasserstoffen soweit zu minimieren, dass Mecklenburg-Vorpommern keinen Standortnachteil hat.**

---

### Landesraumentwicklungsprogramm M-V

Geschlossene Restaurants, Clubs, Bars und Geschäfte, fehlende Kulturveranstaltungen sowie hohe und weiter steigende Mieten als auch fehlender Wohnraum begründen Wunsch und Vorhaben vieler Menschen, den Lebensmittelpunkt von der Stadt in ländliche Regionen zu verlagern.

Auch wenn Metropolen und Ballungszentren weiterhin viele Bürgerinnen und Bürger anziehen werden, muss das Land Mecklenburg-Vorpommern auf die Zuwanderung aus Städten vorbereitet sein. Diese wirkt sich neben Verkehrs- und Versorgungsinfrastruktur auch und insbesondere auf die Erschließung von Wohn- oder Gewerbegebieten aus. Bereits heute warten Unternehmen bis zu 3 Jahre auf Zuteilung von Gewerbegrundstücken, weil in vielen Gemeinden keine Flächen mehr verfügbar sind. Das verhindert, dass MV vom Zuzug in die ländlichen Räume profitiert. Im Bereich der Raumordnung und Landesentwicklung gilt es, eine Verschärfung des ohnehin schon angespannten Wohnungsmarktes durch eine vorausschauende Planung zu verhindern und gleichzeitig ansiedlungswillige Unternehmen durch frühzeitig und ausreichend ausgewiesene Gewerbeflächen in den regionalen Entwicklungsprozess einzubeziehen.

**Wir Freien Demokraten fordern die Landesregierung auf, das Landesraumentwicklungsprogramm 2016 nicht erst im gewöhnlichen Zehn-Jahres-Rhythmus zu überarbeiten, sondern schnellstmöglich eine Evaluierung vorzunehmen und an die aktuellen Entwicklungen anzupassen. Das nächste LREP muss flexibler und fortlaufend evaluiert werden, um schneller auf Veränderungen eingehen zu können.**

---

### **Sicherheit statt Abkassieren**

Wir Freie Demokraten sprechen uns im Sinne erhöhter Verkehrssicherheit dafür aus, stationäre wie mobile Geräte zur Geschwindigkeitsüberwachung („Blitzer“) in Signalfarben weitläufig erkennbar zu streichen und gegebenenfalls über ein Verkehrszeichen mit ausreichendem Vorlauf oder in ausgewiesenen Gebieten anzukündigen.

---

### **Schonungslose Aufklärung der regierungsverschuldeten Standortschwächen!**

Die Ansiedelung von Tesla in Brandenburg und von Intel in Sachsen-Anhalt ist ein enormer Erfolg. Es zeigt nicht nur, dass sich ostdeutsche Bundesländer inzwischen sowohl im europäischen wie auch im innerdeutschen Wettbewerb durchsetzen und mit ihren Standortvorteilen überzeugen können. Gleichzeitig zeigt es auch, dass der Osten nicht mehr „die Werkbank“ des Westens ist, sondern innovative und hochtechnologisierte Unternehmen anzieht. Wir wollen erneut betonen, wie wir uns als ostdeutscher Landesverband über diesen Erfolg freuen.

Gleichzeitig müssen wir im Land thematisieren, wie es zustande gekommen ist, dass Mecklenburg-Vorpommern im innerdeutschen Wettbewerb gleich zwei Mal nicht mit den heimischen Standortvorteilen überzeugen konnte. Gleichzeitig verzeichnet MV gerade einen beispiellosen Verlust an Arbeitsplätzen. Auch wenn Nordex, Caterpilla, MV Werften unterschiedliche Gründe haben, hätte eine große Neuansiedlung vielen Mitarbeitern eine Perspektive vor dem Wegzug gegeben. Eine aktuelle Studie soll die Stärken und Schwächen unseres Landes klar aufzeigen.

Sie muss dabei so umfassend sein, dass nicht nur offensichtliche Faktoren wie der Ausbau des Glasfasernetzes oder die Anbindung an den Fernverkehr beachtet werden, sondern auch der Zustand des Schulsystems, der medizinischen Versorgung oder der Freizeitgestaltung. Nur durch einen überzeugenden Lebensstandard im Land können langfristig gut ausgebildete Arbeitskräfte angelockt und gehalten werden.

**Wir fordern die Landesregierung auf, eine aktuelle Studie zu allen Standortvorteilen sowie auch zu allen Standortnachteilen unseres Bundeslandes in Auftrag zu geben. Die Studie soll dabei insbesondere Augenmerk darauflegen, welche Voraussetzungen für die Ansiedelung von Hightech-Unternehmen gegeben sein müssen.**

Gleichzeitig muss gegeben sein, dass mögliche Fehler in der Landesregierung klar benannt werden. Eine schonungslose Fehleranalyse, warum Mecklenburg-Vorpommern gleich zwei Mal die Ansiedelung von mehreren tausend Arbeitsplätzen entgangen ist, darf nicht unter dem Deckmantel einer angeblichen „Vertraulichkeit gegenüber Investoren“ verhindert werden. Sollte durch politisches Handeln von Teilen der Landesregierung unserem Bundesland ein enormer Schaden entstanden sein, müssen die dafür politisch Verantwortlichen Konsequenzen ziehen. Wiederholt gibt es Hinweise, dass Investoren bei wichtigen Ministerien nicht die notwendige Unterstützung bekommen.

**Wir fordern die Landesregierung auf, eine transparente und unabhängige Untersuchung der internen Prozesse und Strukturen in Auftrag zu geben, die mit der Bewerbung um die großen Wirtschaftsunternehmen Tesla und Intel betreut waren. Die Landesregierung soll hier soweit es die Sicherheit des Landes nicht beeinträchtigt umfassend transparent mitarbeiten und eine kritische Analyse eigener Fehler umfänglich unterstützen.**

---

### **Auskunft der Landesregierung, über welche Daten Rechtsextreme auf ihren Todeslisten von ihren „Zielen“ verfügt haben.**

Nach dem NSU und nach dem Bekanntwerden rechtsextremer Terrornetzwerke wie „Nordkreuz“ haben die Verantwortlichen in Ministerien und Behörden eine lückenlose Aufklärung versprochen. Wir haben damals als Konsequenzen sehr klar benannt, dass die Beobachtung rechtsextremer Gefährder intensiviert werden muss, dass es einen Stellenaufwuchs in den Sicherheitsbehörden geben muss und dass die Analysefähigkeit der Sicherheitsbehörden im Bereich Rechtsextremismus deutlich verstärkt werden soll. Dass ein CDU-Innenminister, der eine Waffe aus rechtsextremen Kreisen erhielt, hier eben nicht in diesem Bewusstsein handelte, war nur der Gipfel erneuter Nachlässigkeit. Denn eine Lehre aus dem Bekanntwerden neuer rechtsterroristischer Bedrohung hätte sein müssen, auch Betroffene und gefährdete Personen mit einzubinden. Und das nicht erst hinterher, sondern rechtzeitig und präventiv, wenn nachweislich Gefahr in Verzug ist oder Personen Gefahr laufen, im Fadenkreuz von Rechtsterroristen zu stehen.

Dieser Gedanke geht einher mit der Forderung, bei Polizei und Behörden auf höchster Ebene eine stärkere Sensibilisierung für jeweilige Gefahrenlagen zu schaffen und dabei auch die Betroffenen in den Blick zu nehmen.

Es kann nicht sein, dass wenn Spuren anstehender Anschläge oder Angriffe bekannt werden, Betroffene und potentielle Opfer im Unklaren gelassen werden.

Sie müssen und sollen wissen was genau über sie bekannt ist, und mit welcher Gefahr sie rechnen müssen. Nach dem Bekanntwerden von sogenannten Feindeslisten im Zusammenhang mit Nordkreuz im MV sind Betroffene viel zu spät unterrichtet worden. Welche Daten über sie gefunden wurden, ist den Betroffenen bis heute nicht bekannt. Es ist im ureigenen Interesse bedrohter Personen, ihren Sicherheitsstatus zu evaluieren und zu wissen, ob ihre Kinder morgen noch sicher zur Schule gehen können oder ob ihre Familie eine neue Adresse braucht.

**Wir fordern die Landeregierung auf, gefährdete Personen zu unterrichten und verbindlich Auskunft darüber zu leisten, welche Daten und welches Wissen über sie bei Ermittlungen gegen extremistische Netzwerke bekannt werden. Dazu ist, wenn notwendig die Gesetzeslage anzupassen.**

Die Landesregierung übernimmt damit unmittelbar die Verantwortung für die Sicherheit der Betroffenen und deren Familien. Ihnen muss also ein besonders hoher Schutz und Sorgfalt zum Teil werden. Personen mit besonderem Schutzbedürfnis haben ein Recht auf einen Sperrvermerk für die Auskunft beim Einwohnermeldeamt. Die dezidierten Auskünfte und das Wissen über den Gefahrenumfang, über die Datenlage untermauern also den Antrag zu einem entsprechenden Vermerk und erhöhen die Erfolgchance.

**Die Landesregierung wird aufgefordert, die Hoheit über die persönliche Datenauskunft wieder in die Hände der Betroffenen zu legen. Informationelle Selbstbestimmung ist Teil einer liberalen Demokratie, daraus folgt hier ein Auskunftsanspruch. Ein Staat, der hier vorhandene Informationen nicht preis gibt, verletzt die Grundrechte seiner Bürger. Es grenzt an Absurdität, dass Betroffene nicht wissen, welche Daten der Verfassungsfeind von ihnen hat. Als autonome Bürger wollen wir genau wissen, wo Daten in welchem Umfang sind. Damit kann der Bürger die eigene Sicherheitslage besser einschätzen und gegebenenfalls einen Sperrvermerk bei der Meldebehörde beantragen.**

---

## **Ernährungssicherheit stärken – Landwirtschaftliche Potentiale nutzen**

Die Sicherung der weltweiten Versorgung mit Nahrungsmitteln ist vor dem Hintergrund des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine vor neue Herausforderungen gestellt. Infolge des Krieges sind mit erheblichen Ernte- und Exportausfällen in Russland und der Ukraine zu rechnen, die sich auf den Weltmarkt für Nahrungsmittel und die Versorgungssicherheit auswirken. Die Verknappung des Angebots macht sich schon heute durch einen rasanten Preisanstieg für Agrarrohstoffe bemerkbar. Ernährungssicherheit für die Menschen weltweit ist die Voraussetzung für Freiheit und Unabhängigkeit. Auch Deutschland und die Europäische Union haben eine humanitäre Verpflichtung ihren Beitrag zur weltweiten Versorgungssicherheit mit Nahrungsmitteln zu leisten. Mithilfe moderner Technologien und Innovationen gilt es die Landwirtschaft nachhaltig und ökologisch zu intensivieren. Das Potenzial der heimischen Landwirtschaft, die bei uns in einer der weltweiten Gunstregionen für die Agrarproduktion betrieben wird, muss dazu genutzt werden.

Als Reaktion auf die Verknappung des Angebots von Agrarprodukten und Agrarrohstoffen muss der Ernährungssicherheit neben der Sicherung der natürlichen Ressourcen wieder ein größeres Gewicht geben.

Die FDP Mecklenburg-Vorpommern spricht sich deshalb dafür aus:

- durch neue Züchtungsmethoden schneller neue, gesündere und effizientere Sorten bereitzustellen,
- die Verpflichtung der Landwirte zum jährlichen Fruchtwechsel in der nächsten Förderperiode der EU-Agrarpolitik auszusetzen,
- die Verpflichtung, landwirtschaftliche Nutzflächen aus der Produktion nehmen zu, zu überdenken,
- die Zulassung von modernen Pflanzenschutzmitteln, die eingesetzt werden um Erträge abzusichern, zu beschleunigen und den tatsächlichen Einfluss von Pflanzenschutzmitteln auf Artenvielfalt zu evaluieren,
- die Vorschrift zur reduzierten Stickstoffdüngung in den sogenannten Roten Gebieten unter dem errechneten Entzug der Pflanzen auszusetzen, um Qualitäten des Erntegutes zu sichern und eine nachvollziehbare und transparente Landesdüngeverordnung mit einem dichteren Messstellennetz und N-Salden, die sich an den Ist-Werten der Landwirte orientieren,
- bei Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen, statt Flächen aus der landwirtschaftlichen Nutzung herauszunehmen, verstärkt Ausgleichsgelder nutzen, um langfristigen Vertragsnaturschutz zu finanzieren,
- eine Neubewertung des Green Deals und der Farm-to-Fork Strategie der EU mit einer Folgenabschätzung unter Berücksichtigung der neuen Situation auf den Märkten für Agrarrohstoffe durchzuführen.

---

### **Fortentwicklung der Kameralistik**

Wir Freie Demokraten fordern die Einführung der Doppik auf Landesebene. Bis sich dieses langfristige Ziel umsetzen lässt brauchen wir ergänzend zur gegenwärtig umgesetzten kameralistischen Haushaltsführung Instrumente zur Steuerung, zur Darstellung des Ressourcenverbrauchs und zur nachhaltigen Ausfinanzierung der Finanzbedarfe. Eines dieser Instrumente kann die Generationenbilanzierung darstellen. Zwingend notwendig für eine Steuerung sind konkrete Kennzahlen und Ziele, die die Politik als Sachwalter der Steuergelder der Bürgerinnen und Bürger festlegt und an die die Verwaltung gebunden ist.

---

### **Verpflichtende Wirtschaftlichkeitsberechnungen bei der Nutzung von Liegenschaften und bei Beschaffungen**

Wir Freie Demokraten werden Beschaffungs-, Nutzungs- und Veräußerungsprozesse des Landes und der Kommunen durch zielgerichtete Maßnahmen optimieren. Wir werden auf organisatorische Maßnahmen und Schulungsmaßnahmen hinwirken, mit denen die Verwaltung wirtschaftlicher agiert.

Dass vernünftige Wirtschaftlichkeitsberechnungen bei Maßnahmen erfolgen, muss endlich die Norm sein, statt die Ausnahme.

In finanzpolitischer Hinsicht sind die Leitlinien von uns Freien Demokraten stets die Vernunft, die Sparsamkeit und die Klarheit bei allen Entscheidungsprozessen, wenn öffentliche Institutionen mit Steuermitteln agieren. Dies gilt in allen Bereichen, in denen das Land mit öffentlichen Mitteln Leistungen Dritter einkaufen muss. Die gesetzlichen Regelungen verlangen schon jetzt, dass ausführliche Kostenberechnungen oder Auftragswertschätzungen erfolgen und dass Zuschläge nur auf das jeweils wirtschaftlichste Angebot erfolgt. Dass das nicht geschieht, hat seinen Grund auch im fehlenden Bewusstsein und den fehlenden Fähigkeiten der Verantwortlichen. Dem muss durch gezielte organisatorische Maßnahmen und Schulungsmaßnahmen begegnet werden. Daneben setzen wir Freie Demokraten uns schon lange für Vereinfachungen z.B. im Bereich der öffentlichen Auftragsvergabe ein – das werden wir auch weiterhin tun.

---

### **Einführung eines IT-Sicherheitsgesetzes MV (IT-SiG M-V)**

Die Freien Demokraten Mecklenburg-Vorpommern fordern die Landesregierung auf, ein Gesetz zur Erhöhung der Sicherheit informationstechnischer Systeme für Mecklenburg-Vorpommern (IT-Sicherheitsgesetz M-V/IT-SiG M-V) auszuarbeiten. Dieses soll für alle öffentlichen Einrichtungen auf Landesebene sowie kommunaler Ebene verpflichtende Sicherheitsstandards für die IT-Systeme und digitalen Infrastrukturen definieren.

---

### **Ukrainetag in Mecklenburg-Vorpommern ausrichten**

Das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern soll sich für die Ausrichtung eines jährlichen Ukrainetages, analog zum bisherigen Russlandtages, einsetzen. Dieser sollte zum Ziel haben, die deutsch-ukrainische Zusammenarbeit durch regionale Partnerschaften zu fördern und als Plattform für wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Austausch dienen.